


# VERBANDSGEMEINDE FLÄCHENNUTZUNGSPLAN 2010



## VERFAHRENSVERMERKE

1. Der Verbandsgemeinderat hat am ..... die Aufstellung dieses Flächennutzungsplanes beschlossen (§ 6 Abs. 1 BauGB).  
2. Der Beschluss, diesen Plan aufzustellen, wurde am ..... offiziell bekanntgemacht (§ 2 Abs. 2 BauGB).
3. Die Behörde und Stellen, die Träger öffentlicher Belange sind, wurden mit Schreiben vom ..... bei der Aufstellung dieses Plans beauftragt § 6 Abs. 1 und 2 BauGB; dieser Beteiligten haben Bedenken und Anregungen vorgebracht, die vom Verbandsgemeinderat am ..... geprüft wurden. Das Ergebnis der Prüfung wurde den Beteiligten und Anregungen vorgebracht haben, mit Schreiben vom ..... mitgeteilt.
4. Die Beteiligung der Bürger an dieser Planung wurde am ..... in Form ..... durchgeführt (§ 2 BauGB).
5. Der Verbandsgemeinderat hat am ..... die öffentliche Auslegung des Entwurfes beschlossen (§ 3 Abs. 2 BauGB).  
Der Plan einschließlich dem Erklärungsergänzung (§ 6 Abs. 3 BauGB), Ort und Dauer der Auslegung wurde am ..... (Arbeitsstag) ..... öffentlich ausgestellt (§ 3 Abs. 2 BauGB).  
Die nach § 4 Abs. 1 BauGB beteiligten Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom ..... von der Auslegung Benachrichtigt (§ 6 Abs. 3 BauGB).  
Während der Auslegung gingen ..... Befürworten und Kritik ein, die vom Verbandsgemeinderat am ..... geprüft wurden. Das Ergebnis der Prüfung wurde denjenigen mitgeteilt (§ 6 Abs. 2 BauGB).
6. Der Verbandsgemeinderat hat am ..... den endgültigen Beschluss über den Flächennutzungsplan und den Flächennutzungsbericht gefasst.
- ..... den ..... (DS) „Bürgermeister –“  
7. Die Anhörung der Ortsgemeinden zum endgültigen Beschluss des Verbandsgemeinderates über diesen Plan mit dem Erläuterungsbereich hierzu ergab am ..... durch den Gemeinderat der Ortsgemeinde ..... eine Zustimmung / Ablehnung ..... durch den Gemeinderat der Ortsgemeinde ..... eine Zustimmung / Ablehnung ..... durch den Gemeinderat der Ortsgemeinde ..... eine Zustimmung / Ablehnung ..... durch den Gemeinderat der Ortsgemeinde ..... eine Zustimmung / Ablehnung ..... durch den Stadtrat der Stadt ..... eine Zustimmung / Ablehnung ..... durch den Stadtrat der Stadt ..... eine Zustimmung / Ablehnung ..... (§ 67 Abs. 2 GenO i.V. mit § 203 Abs. 2 BauGB).  
Die nach § 67 Abs. 2 GenO erforderliche Mehrheit ist - nicht - gegeben. Es ist ein / kein endgültiger Beschluss des Verbandsgemeinderates nach § 67 Abs. 2 GenO erforderlich.  
8. Der endgültige Beschluss des Verbandsgemeinderates nach § 67 Abs. 2 GenO über den Flächennutzungsplan und den Erläuterungsbereich erfolgte am .....  
9. Genehmigungsvermerk (§ 6 Abs. 1 BauGB i.V. mit § 203 Abs. 3 BauGB).
- Die Genehmigung wurde mit / ohne Ausnahme erteilt (§ 6 Abs. 3 BauGB - siehe Genehmigungsbescheid -)  
10. Die Genehmigung dieses Planes wurde am ..... offiziell bekanntgemacht (§ 6 Abs. 5 BauGB).  
Mit dieser Bekanntmachung ist der Flächennutzungsplan mit dem Erläuterungsbereich rechtskräftig (§ 6 Abs. 5 BauGB).